

Unsichtbare Grenzen

Die globalisierte Welt wird immer offener – aber längst nicht für alle. Wer arm ist oder ungebildet, kann sich nicht frei bewegen **VON STEFFEN MAU**

Manchmal können sich plötzlich Grenzen schließen, die eben noch offen schienen. Der Brite Richie Trezise zum Beispiel hatte einen Job in Auckland angenommen, doch die neuseeländischen Behörden verweigerten ihm und seiner Frau Rowan im Herbst 2007 die Einreise. Der Grund: Das Ehepaar wurde buchstäblich gewogen und für zu schwer befunden. Body-Mass-Index und Bauchumfang der beiden Einwanderer lagen über den Obergrenzen für Neubürger. Noch härter traf es den Niederländer Hans Paul Verhoef, als er auf dem Flughafen von Minnesota landete. Der Aids-Aktivist wurde verhaftet und fünf Tage lang festgehalten: US-Grenzsicherer hatten bei ihm das Medikament AZT gefunden. Als HIV-Infizierter galt Verhoef als »außergewöhnliches Risiko«, als *exceptional threat*.

Uns Europäer empören solche Vorgänge vor allem deshalb, weil wir uns an das Privileg einer »Welt ohne Barrieren« gewöhnt haben. Freizügigkeit gilt als hohes Gut. Für die meisten Länder, in die wir reisen, ist das Visum reine Formsache oder entfällt gleich ganz. Auch wer für immer anderswohin will, dem stehen viele Türen offen, in der EU sogar alle. Die Grenzen werden durchlässig, die Staatswände porös. Einerseits. Andererseits fallen uns auch sofort Gegenbeispiele ein: die Bilder der militarisierten, zaunbewehrten Grenze zwischen den USA und Mexiko etwa oder die tief gestaffelten Absperrungen der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika. Was also gilt nun? Erleichtern Staaten Mobilität, oder tun sie es nicht? Die Antwort lautet: Sie tun beides. Erwünschte Personen sollen die Grenze überschreiten, Menschen ohne gesundheitliche Risiken, ohne kriminelle Energie, ohne Armutstigmata, Menschen mit Kaufkraft und hohem Nutzen für Arbeitsmärkte und Sozialsysteme. Alle anderen sind unerwünscht und müssen draußen bleiben. Sprich: Es geht um Selektivität.

Die Ukrainer beispielsweise haben es nach ihrer »orangenen Revolution« bitter erfahren: Sie wurden in Europa willkommen geheißen, sollten aber bitte die Ukraine nicht verlassen. Wenn sie doch einmal nach Westen reisen wollen, dann müssen sie Einkommen, familiäre Bindungen, Einladungen und Rückflugtickets offenlegen. Dafür werden Unterlagen wie persönliche Briefe, Telefonverbindungsnachweise, Fotos oder Hotelrechnungen verlangt. Ohne solche Nachweise bleibt der Eintritt verbaut. So werden überall Hürden errichtet, getarnt meist als harmlose bürokratische Wegelagerung. Die behördliche Daumenregel lautet: Schätze ab, ob eine Person freiwillig wieder zurückreisen wird. Sei misstrauisch. Im Zweifel gegen den Antragsteller.

Natürlich ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Staat selbst bestimmt, wer sein Territorium betritt. Aber wer Freizügigkeit zur eigenen Maxime macht, sollte gut begründen, wenn sie anderen versagt bleibt. Stattdessen wird weiter aufgerüstet. *Smart borders* heißen die neuen Sortiermaschinen der Globalisierung – intelligente Grenzen. Sie selektieren anders: Kontrolle beginnt weit vor der Grenze, wird räumlich ausgeweitet und setzt auf Technologie. Ein Beispiel ist die biometrische Datenerfassung der Gesichtskonturen und

Fingerabdrücke bei der Beantragung eines Visums. Die USA speichern diese Informationen vorab und können sie bei der Einreise unabhängig von den mitgeführten Dokumenten abrufen. Die Vereinigten Staaten haben auch als erstes Land »Trusted Traveler Programs« entwickelt, eine freiwillige Vorabüberprüfung des Bewerbers. Wer diese Hürde nimmt, durchläuft die Grenzkontrolle schneller.

Die im Frühjahr von der EU vorgestellten Pläne setzen auf die gleiche Methode: Ein zentrales Ein- und Ausreiseregister soll EU-Ausländer schon bei der Beantragung des Visums erfassen. Die alten Kontrollen durch Personen sollen durch Automaten ersetzt werden. *Fluent border crossings* heißt das in der Sprache der EU-Beamten: Die willkommenen Weltreisenden sollen Grenzen ohne Verzögerungen überwinden können. Vielreisende aus Drittstaaten können sich als »registrierte Reisende« bewerben – ein privilegierter Mobilitätstitel bei nachgewiesenem Einkommen und positiver Sicherheitsprognose. Diese Reisenden und die EU-Bürger mit biometrischem Pass durchlaufen automatisierte Personenschleusen. Die EU will damit den legalen und erwünschten Reisenden (»die, die es ehrlich meinen«) mehr Bewegungsfreiheit geben und allen anderen den Zugang erschweren.

Smart borders – die summen Schranken von Biometrie und Datenrucksack – leisten das weitaus effizienter als der menschliche Blick des Grenzbeamten. An der neuen virtuellen EU-Mauer prallen nur die Ungewollten ab. Separiert und gesondert bleiben sie zu Hause oder stehen Schlange. Für die, die dennoch illegal kommen oder bleiben, hat das EU-Parlament in der letzten Woche neue Abschieberegeln verordnet. Einheitliche, sechsmonatige Abschiebehaft für illegale Einwanderer und ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot für alle, die nicht kooperieren. Peter Altmaier, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, sagt, dass dies die Abschiebung jener erleichtert, »die wir loswerden wollen«.

In der globalisierten Welt geht es mehr denn je darum, Durchlässigkeit und Kontrolle zu verbinden. Grenzen verlieren ihre Funktion als Sperre bei allen erwünschten Formen von Mobilität. Damit öffnet sich die Schere sozialer Ungleichheit zwischen Mobilen und Immobilen, zwischen freier Fahrt und Einreiseverbot, immer weiter. Der polnische Soziologe Zygmunt Bauman kommentiert treffend: »Some inhabit the globe, others are chained to place.« Manche bewohnen die Welt, andere bleiben an einen Ort gekettet.

Die Politik handelt ambivalent: Sie treibt die Entgrenzung voran, schafft globale Märkte, fordert Freizügigkeitsrechte für die eigenen Bürger, beschneidet aber leichtfertig Mobilitätsrechte Dritter. Das trifft vor allem Reisende aus weniger wohlhabenden Regionen und aus Ländern, aus denen schon in der Vergangenheit »nur« Flüchtlinge oder *visa overstayer* kamen. Aber es trifft auch viele, die einfach keinen direkten Nutzen bringen. Man kann es halbierte Globalisierung nennen: Da der Westen Mobilität und Sicherheit zugleich maximieren möchte, schließt er Teile der Welt aus dem Freizügigkeitsversprechen aus. Mehr noch: Je mobiler wir werden, desto immobil machen wir andere. Der Zusammenhang ist klar: Die neuen Mobilitätswel-

len bergen Risiken, die minimiert werden sollen. Dazu braucht es effektive Mechanismen der Schließung und der Selektion.

Doch Risiken finden sich allerorten, und ständig tauchen neue auf, reale und imaginierte. Der Risikobegriff scheint inflationär und kann sich gegen vieles und viele richten. Was der HIV-infizierte Verhoef und die übergewichtige Familie Trezise erleben mussten, ist nur eine Facette dieser Politik. Jenseits unserer Aufmerksamkeit wird die Grenzkontrolle neu justiert. Zwar führen wir im Inneren des nationalstaatlichen Gehäuses erbitterte Gefechte um Gleichbehandlung für Frauen, Behinderte oder Alte, verharren aber seltsam teilnahmslos, wenn es um Diskriminierungen an unseren Grenzen geht. Wir sprechen vielleicht noch

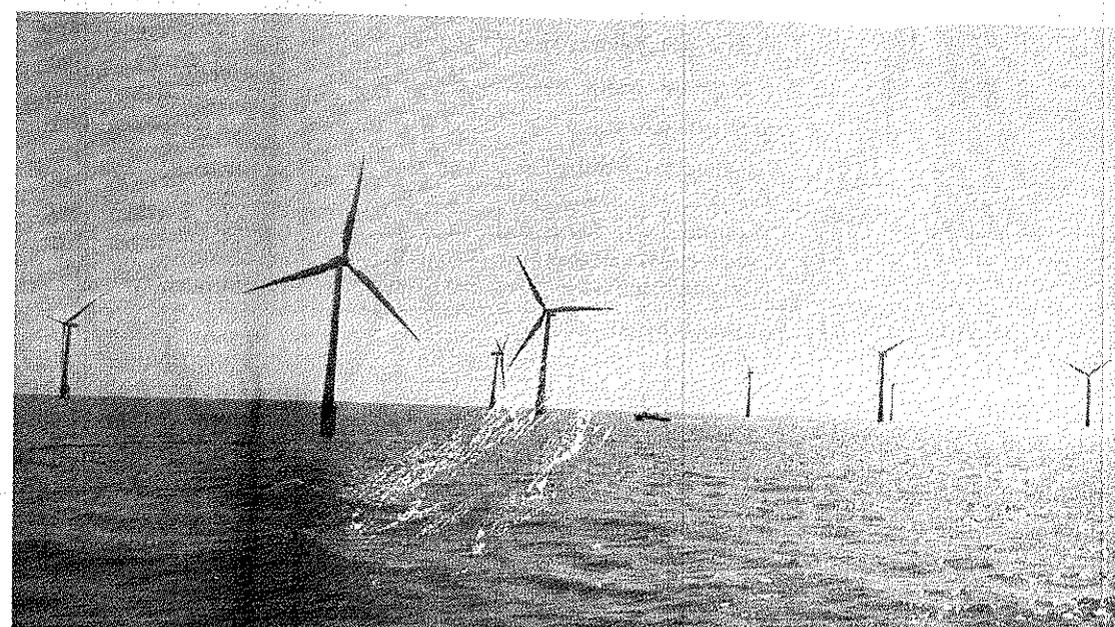
über die Instrumente der Kontrolle, erzürnen uns über die erkennungsdienstlichen Prozeduren auf dem Weg in die USA, reden aber kaum über die Kriterien, die bestimmen, wer vor unseren Toren bleibt.

Reisefreiheit, hielt man der DDR oft entgegen, sei ein Menschenrecht. Doch die Freiheit zur Ausreise braucht auch die Freiheit zur Einreise, sonst ist sie nichts wert. Selektionsvorgaben und Risikodefinitionen brauchen Licht und Transparenz, wenn sie legitim werden sollen. Deshalb darf das Recht auf Freizügigkeit auch keines sein, das allein dem Sachzwang technischer und bürokratischer Apparate unterworfen wird. Das gilt nicht nur, wenn es um uns geht, sondern erst recht, wenn es andere, Schwächere trifft – draußen vor der unsichtbaren Tür.



Foto: privat

STEFFEN MAU ist Professor für politische Soziologie an der Universität Bremen



Für Sie machen wir weltweit v

Für den Einsatz von Erneuerbaren Energien engagieren wir uns weltweit. So gehen dorthin, wo wir die Kraft des Windes für Sie nutzen können – auch ins Wasser. Vor E.ON bereits einen Offshore-Park mit 30 Windanlagen, der rund 33.000 Haushalte in und in Deutschland entsteht. „Alpha Ventus“ – der erste Windpark der Welt, der von errichtet wird. Das ist eine große Herausforderung – denn die Windanlagen werden rauen Hochsee-Bedingungen in 30 Meter tiefem Wasser installiert. Ob Meer oder in Europas und in Nordamerika für Sie bereits hart am Wind. Und in Zukunft sollen es Ein weltweites Engagement in Erneuerbare Energien, das uns allen zugutekommt.

Mehr zu unserem Engagement in Erneuerbare Energien erfahren Sie unter www.eon.de